

# Helmut Brandt / CDU / Wahlkreis Aachen II

- 1) Deutschland hat vor 25 Jahren die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen ratifiziert. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden?

Antwort:

Schon jetzt stellt das Grundgesetz Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates. Auch Kinder brauchen einen besonderen Schutz. Der Schutz der Kinder hat für uns Verfassungsrang. Deshalb haben CDU und CSU in ihrem Regierungsprogramm 2017 – 2021 festgeschrieben, dass wir ihre Rechte in das Grundgesetz aufnehmen werden.

- 2) Weltweit sind 65 Millionen Menschen auf der Flucht, die Hälfte davon sind Kinder und Jugendliche. Die Vereinten Nationen haben mit der Diskussion eines »Global Compact für sichere, geordnete und reguläre Migration« und eines umfassenden Rahmenwerks für Flüchtlinge begonnen. Deutschland ist Gastgeber des Global Forum on Migration and Development in 2017.

Werden Sie sich einsetzen, dass Kinder- und Menschenrechte die Grundlage politischer Entscheidungen zur Flüchtlingspolitik Deutschlands und der Europäischen Union sein werden?

Antwort:

Für CDU und CSU ist klar: Alle politischen Entscheidungen – nicht nur in der Flüchtlingspolitik – müssen im Einklang mit dem Grundgesetz und somit mit den Menschenrechten stehen.

- 3) Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist bisher vor allem in der Entwicklungszusammenarbeit verankert. Allerdings kann Entwicklungshilfe Fluchtursachen nicht allein ändern, vielmehr müssen auch Außen-, Wirtschafts-, Handels- und Umweltpolitik dazu beitragen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Lebens- und Arbeitsbedingungen in Herkunftsländern verbessert werden und die politischen Ressorts kohärent an der Bekämpfung von Fluchtursachen arbeiten?

Antwort:

Millionen Menschen leben in den ärmsten Ländern dieser Welt, oftmals konkret bedroht durch Klimawandel, Bürgerkriege, schlechte Regierungen oder Terror. Diesen Menschen zu helfen – auch in Kooperation mit der EU – und ihnen bessere Perspektiven in ihrer Heimat zu ermöglichen, ist ein Gebot der Humanität. Es liegt aber auch in unserem Interesse, Hunger, Krankheit und Not zu bekämpfen, denn sie führen oft zu Terror und Krieg und damit zu Flucht und Vertreibung. Um diesen Menschen wirksam und umfassend helfen zu können, müssen die Instrumente der Diplomatie, der Polizei, der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit innerhalb eines vernetzten Ansatzes besser miteinander abgestimmt und koordiniert werden. Für den vernetzten Ansatz wollen wir eine zentrale Koordinierung innerhalb der Bundesregierung und im Parlament schaffen.

- 4) Mit der Rücknahme des Vorbehalts Deutschlands gegenüber der UN-Kinderrechtskonvention gelten gleiche Rechte für alle Kinder, die in Deutschland leben. Jedoch sind die Rechte von ausländischen Kindern, insbesondere von geflüchteten Kindern in Deutschland, immer noch eingeschränkt.

*Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei der Abwägung über Abschiebungen von Minderjährigen das Kindeswohl höchste Priorität genießt?*

Antwort:

CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass dem Kindeswohl im Zusammenhang mit Abschiebungen ein sehr hoher Stellenwert beigemessen wird. Das ist bereits jetzt der Fall. So ist im Aufenthaltsgesetz geregelt, dass Minderjährige und Familien mit Minderjährigen nur in besonderen Ausnahmefällen und nur so lange in Abschiebungshaft genommen werden, wie es unter Berücksichtigung des Kindeswohls angemessen ist. In den dazu gehörigen Verwaltungsvorschriften des Bundes wird darüber hinaus ausgeführt, dass Minderjährige, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, grundsätzlich nicht in Abschiebungshaft genommen werden sollen. Halten sich die Eltern des minderjährigen Ausländers nicht im Bundesgebiet auf, hat die Ausländerbehörde mit dem zuständigen Jugendamt wegen der Unterbringung des Ausländers bis zur Abschiebung Kontakt aufzunehmen. Minderjährige Ausländer, deren Asylantrag abgelehnt wurde, sollen bis zur Abschiebung regelmäßig in der bisherigen Unterkunft untergebracht werden. Bei Familien mit minderjährigen Kindern soll in der Regel nur Abschiebungshaft für einen Elternteil beantragt werden.

Diese Regelungen haben sich aus Sicht von CDU und CSU bewährt. Ein generelles Absehen einer richterlichen Anordnung von Abschiebungshaft bei Minderjährigen wird insbesondere aus sicherheitsrelevanten Gründen für nicht zielführend erachtet. So kann z.B. bei minderjährigen gewaltbereiten Intensivstraftätern die Anordnung von Abschiebungshaft geboten sein. Dabei handelte es sich bisher lediglich um wenige Einzelfälle.

- 5) Die Inhaftierung von minderjährigen Flüchtlingen zum Zwecke der Abschiebung ist in Deutschland von gesetzlicher Seite immer noch möglich.

*Wie stehen Sie zu diesem Gesetz?*

*Siehe vorangegangene Antwort*

- 6) Immer noch wird geflüchteten Kindern die Teilnahme am Regelunterricht der Schulen zu lange verwehrt, obwohl sie ein Recht auf Bildung haben.

*Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Schulpflicht in allen Bundesländern direkt nach Einreise der geflüchteten Kinder gilt?*

Antwort:

Die Länder müssen den Beginn der Schulpflicht in Deutschland einheitlich regeln. Spätestens nach drei Monaten muss der Zugang zum Bildungssystem offen sein. Wenn ein Kind schon vorher in die Schule gehen möchte bzw. die Eltern dies wünschen, sollte versucht werden, dies im Rahmen der örtlichen Kapazitäten zu ermöglichen.

- 7) Die von terre des hommes u.a. kürzlich herausgegebene Studie »Kleinwaffen in Kinderhänden – Deutsche Rüstungsexporte und Kindersoldaten« hat gezeigt, dass deutsche Unternehmen Kleinwaffen und entsprechende Munition in Länder mit bewaffneten Konflikten liefern, in denen Konfliktparteien Kinder als Soldaten rekrutieren, sie töten, entführen oder sexuell ausbeuten. Auch über NATO-Länder wie die USA, Großbritannien und die Türkei gelangen deutsche Kleinwaffen in Kriegsgebiete, ebenso wie durch Lizenzproduktion deutscher Waffen im Ausland. terre des hommes fordert deshalb ein gesetzliches Verbot aller Exporte von Kleinwaffen und Munition und aller Lizenzvergaben, damit deutsche Waffen nicht weiter in Kinderhänden landen.

*Werden Sie sich für ein solches Verbot einsetzen?*

Antwort:

Für den Bereich der Kleinwaffen sind die Exportregeln zuletzt im Sommer 2015 durch entsprechende Grundsätze der Bundesregierung bereits weiter verschärft worden. Diese Grundsätze beinhalten weitergehende grundsätzliche Exportverbote und umfangreiche Dokumentationspflichten etwa über den Verbleib der Waffen bei Ausnahmen vom Exportverbot. Um die Weiterverbreitung von Kleinwaffen auf globaler Ebene zu bekämpfen, setzen wir nicht auf ein generelles Exportverbot, sondern auf unsere Partner und Regionalorganisationen: Wir wollen ihre Kapazitäten stärken, Waffen und Waffenlager besser zu sichern, illegale Waffenströme zu verfolgen und zu unterbinden und illegale Waffenbestände zu vernichten.

- 8) Deutschland ist eines von wenigen Ländern weltweit, das den internationalen 18-Jahres-Standard bei der Rekrutierung von Soldaten nicht einhält und jedes Jahr minderjährige Jungen und Mädchen als Bundeswehrsoldaten einstellt. Seit 2011 hat sich deren Zahl fast verdreifacht, in 2016 waren es knapp 2000.

*Werden Sie sich für die Anhebung des Bundeswehr-Rekrutierungsalters auf 18 Jahre einsetzen – wie es auch vom UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und von der Kinderkommission des Deutschen Bundestages empfohlen wird?*

Antwort:

Deutschland hat im Rahmen der Ratifikation des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes zur Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten erklärt, dass es für den freiwilligen Dienst als Soldatin oder Soldat ein Mindestalter von 17 Jahren als verbindlich ansieht. Unter 18-jährige Freiwillige werden nach der notwendigen Zustimmung ihrer gesetzlichen Vertreter ausschließlich in die Streitkräfte aufgenommen, um eine militärische Ausbildung zu beginnen. Sie nehmen unter keinen Umständen an Auslandseinsätzen teil und üben eigenverantwortlich und außerhalb der Ausbildung keine Funktionen aus, in denen sie zum Gebrauch an der Waffe gezwungen sein könnten. Die Bundeswehr legt großen Wert darauf, dass eine Bewerbung stets das Ergebnis einer intensiven Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Berufsbild ist. Dies kann mit den Werbespots und Anzeigen usw., die in einem ersten Schritt nur die Aufmerksamkeit gewinnen sollen, nicht erreicht werden. Darum werden mit den interessierten Jugendlichen individuelle Beratungsgespräche geführt, in denen Chancen und Risiken einer Karriere bei der Bundeswehr ausführlich besprochen werden.